



Grüß Gott liebe Freunde,

in einem ersten Statement zum EU-Gipfel stellt Alexander Dobrindt fest, dass die Beschlüsse nationale Maßnahmen in der Asylpolitik decken. Die europäischen Gipfelteilnehmer stützen somit die Linie der CSU im Bundestag.

In den Bundestagsreden am letzten Donnerstag bezeichneten unsere Redner die Bewältigung der Migrationskrise zudem als europäische Aufgabe. Wir in Deutschland dürfen diese schwierige, jedoch lösbare Aufgabe nicht als persönliche Machtfrage verstehen, sondern vielmehr als unbedingtes Ziel der gemeinsamen CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. In der Verantwortung für unser Land darf man aus meiner Sicht notwendige Sachdiskussionen - wie Zurückweisungen an der Grenze als Bestandteil des Masterplans - aber auch mal hart, jedoch immer fair und anständig austragen.

Der Koalitionsausschuss hat sich Dienstagnacht auf das Baukindergeld geeinigt. CDU und CSU haben sich gegen die SPD durchgesetzt. Das Baukindergeld kommt somit unverändert - ohne eine Begrenzung der Quadratmeter - was für mich als stellv. Mitglied im Bauausschuss ein großer Erfolg gerade für unsere ländliche Region ist.

Der Bundestag hat an diesem Donnerstag außerdem die Enquete-Kommission zur Künstlichen Intelligenz (KI) eingesetzt. Die Kommission soll sich zukünftig mit den wirtschaftlichen Potenzialen befassen und auch auf ethische Fragen Antworten geben.



© Florian Obner MdB

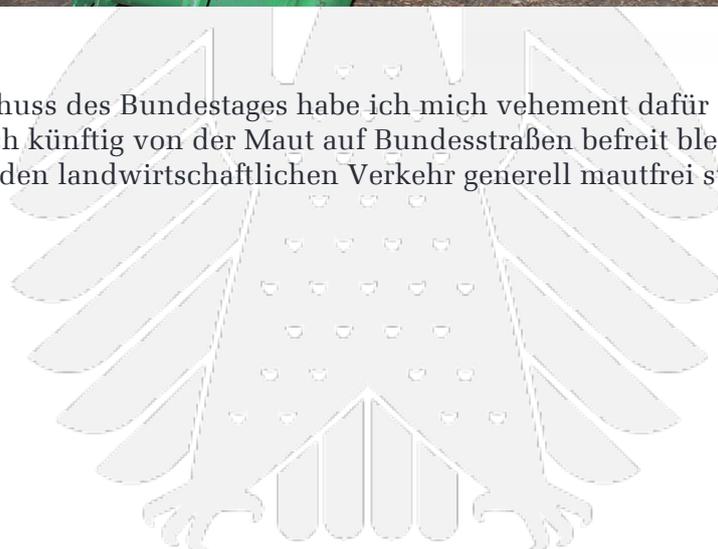


Bei der Bautagung in Berlin habe ich mich auf dem Podium klar für den Investitionshochlauf, die Planungsbeschleunigung und für die bessere Vernetzung von Planen, Bauen und Betreiben der Infrastruktur sowie des Wohnungsbaus ausgesprochen.



© Florian Obner MdB

Im Verkehrsausschuss des Bundestages habe ich mich vehement dafür eingesetzt, dass die Landwirte auch künftig von der Maut auf Bundesstraßen befreit bleiben. Ab Juli greift die Regelung, die den landwirtschaftlichen Verkehr generell mautfrei stellt.





© Florian Obner MdB

Im Bundestag bekam ich in dieser Woche wieder Besuch aus der Heimatregion Landshut-Kelheim. Mit den Teilnehmern entwickelten sich spannende Diskussionen rund um die politische Arbeit in Berlin für unsere Heimat – gerade in dieser turbulenten Zeit ist ein enger Austausch für mich umso wichtiger.



Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Florian Oßner MdB

EU-Gipfel

Statement des Vorsitzenden zum EU-Gipfel



© picture alliance / Daniel Kalker

Statement des Vorsitzenden der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, zum EU-Gipfel:

Wir werden die Ergebnisse des EU-Gipfels nach dem Ende der Beratungen in Brüssel genau bewerten. Fakt ist: Es ist ein Ergebnis der Debatte in Deutschland, dass sich auf EU-Ebene endlich stärker mit der Migrationsthematik auseinandergesetzt wird. Eine Reihe an Punkten - wie der bessere Schutz der Außengrenzen, Flüchtlingszentren in



Drittländern und mehr Engagement bei der Fluchtursachenbekämpfung - sind Maßnahmen, die wir als CSU seit langem mit Nachdruck einfordern. Jetzt geht es darum, dass diese Punkte auch konkret umgesetzt werden. Ich stelle fest, dass zur Vermeidung von Sekundärmigration das Ergreifen von nationalen Maßnahmen ausdrücklich im Ratspapier vorgesehen ist: "Die Mitgliedstaaten sollten alle erforderlichen internen Rechtsetzungs- und Verwaltungsmaßnahmen gegen diese Migrationsbewegungen treffen und dabei eng zusammenarbeiten."

Regierungserklärung

Dobrindt: „Deutschland hat keinen Nachholbedarf an Humanität“



© Tobias Koch

In seiner Bundestagsrede am Donnerstag bezeichnete Alexander Dobrindt die Bewältigung der Migrationskrise als europäische Aufgabe. Nationale und europäische Maßnahmen stehen hierbei jedoch nicht im Widerspruch.

Gemeinschaftsaufgabe für Europa

Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, betonte am Donnerstag in seiner Replik auf die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU): „Wir sind beides: Stolze Europäer und deutsche Patrioten.“ Dobrindt machte in seiner



Rede daher deutlich, dass nationale Souveränität und ein starker Schulterschluss mit den Staaten der Europäischen Union kein Widerspruch sind. Die Lösung der Migrationskrise bezeichnete Dobrindt als europäische Herausforderung. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag sprach zudem von einem in Wellen stattfindenden Migrationsdruck an den Außengrenzen der Europäischen Union. Er plädierte daher für einen verstärkten europäischen Außengrenzschutz. Es handle sich dabei um eine „Gemeinschaftsaufgabe für Europa“, so Dobrindt. Für Europa sei es „nicht dauerhaft akzeptabel“, dass jeder Migrant bleiben dürfe, der einmal seinen Fuß auf den Kontinent gesetzt habe. In seiner Rede beharrte Dobrindt auf die Forderung, Flüchtlinge an der deutschen Grenze zurückweisen zu können. Um sich langfristig vor illegaler Migration zu schützen, müsse Deutschland auch geltendes Recht an den Grenzen umsetzen. Dies bedeute auch, in anderen Staaten der Europäischen Union registrierte Asylbewerber „an unseren Grenzen zurückzuweisen“. Notwendig sei eine Kombination aus nationalen und europäischen Maßnahmen, um die Migration zu verringern. Auch stellte Dobrindt fest, dass Deutschland in der Migrationsfrage wahrlich keine Belehrungen aus dem In- und Ausland benötige. Mit Verweis auf die hohe Aufnahmebereitschaft Deutschlands im Herbst 2015 stellte Dobrindt fest: „Deutschland hat keinen Nachholbedarf an Humanität.“ Mehr als die Hälfte der Migranten, die nach Europa gekommen seien, würden heute nicht in den Mittelmeerländern leben, sondern in der Bundesrepublik.

Proeuropäisch mit Augenmaß

Mit Blick auf die Reformvorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und das deutsch-französische Papier aus Meseberg pochte Dobrindt auf deutsche Souveränität. So machte er deutlich, dass seine Partei einer „Vergemeinschaftung der Sozialversicherung“ nicht zustimmen werde. Sozialversicherungen seien nationale Elemente. Auch gegenüber einer europäischen Arbeitslosenversicherung zeigte sich Dobrindt skeptisch. Man müsse hierbei sehr genau darauf achten, dass deutsche Arbeitnehmer nicht für die Arbeitslosigkeit in anderen Ländern Europas aufkommen würden. Die CSU im Bundestag will zudem keinen europäischen Währungsfonds, der sich der Kontrolle des Bundestages entzieht. Auch dies machte Dobrindt in seiner Rede deutlich. Für einen Investitionshaushalt auf europäischer Ebene zeigte Dobrindt sich offen, mahnte jedoch: „Wir brauchen ein stärkeres Maß an Investitionen in die Sicherheit, in die Infrastruktur und in die Digitalisierung, aber wir werden auch darauf achten, dass es sich hier nicht um ein Geschäft handelt, das nationale Investitionen einspart und durch europäische Investitionen ersetzt.“



Baukindergeld

Das Baukindergeld kommt wie vereinbart



© picture alliance / dpa

Der Koalitionsausschuss hat sich Dienstagabend beim Baukindergeld geeinigt. CDU und CSU haben sich gegen die SPD durchgesetzt.

SPD-Einschränkungen abgeschmettert

Junge Familien in Deutschland können aufatmen. Das Baukindergeld wird, wie ursprünglich angedacht, ohne Einschränkungen eingeführt. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) und seine Genossen wollten den Empfängerkreis für das neue Baukindergeld wegen befürchteter Mehrkosten in Milliardenhöhe zunächst deutlich einschränken. So sollte das Baukindergeld nach Plänen des SPD-geführten Finanzministeriums für eine vierköpfige Familie nur bis zu einer Obergrenze von 120 Quadratmetern Wohnfläche gezahlt werden. Für jedes weitere Kind wäre diese Deckelung um 10 Quadratmeter angehoben worden. Gerade im ländlichen Raum hätte diese Deckelung viele Bauherren von der Fördermaßnahme faktisch ausgeschlossen, da die Durchschnittswohnfläche pro Haus hier in der Regel deutlich über 120 Quadratmetern liegt. Daher hatte es von Seiten der CSU im Bundestag heftige Gegenwehr gegeben. Unionsfraktionsvize Ulrich Lange (CSU) erklärte hierzu: „Wir wollen Familien die Schaffung von Wohneigentum erleichtern und diese Förderung nicht durch zu enge Flächenvorgaben unangemessen einschränken.“ Im Koalitionsausschuss, bestehend aus



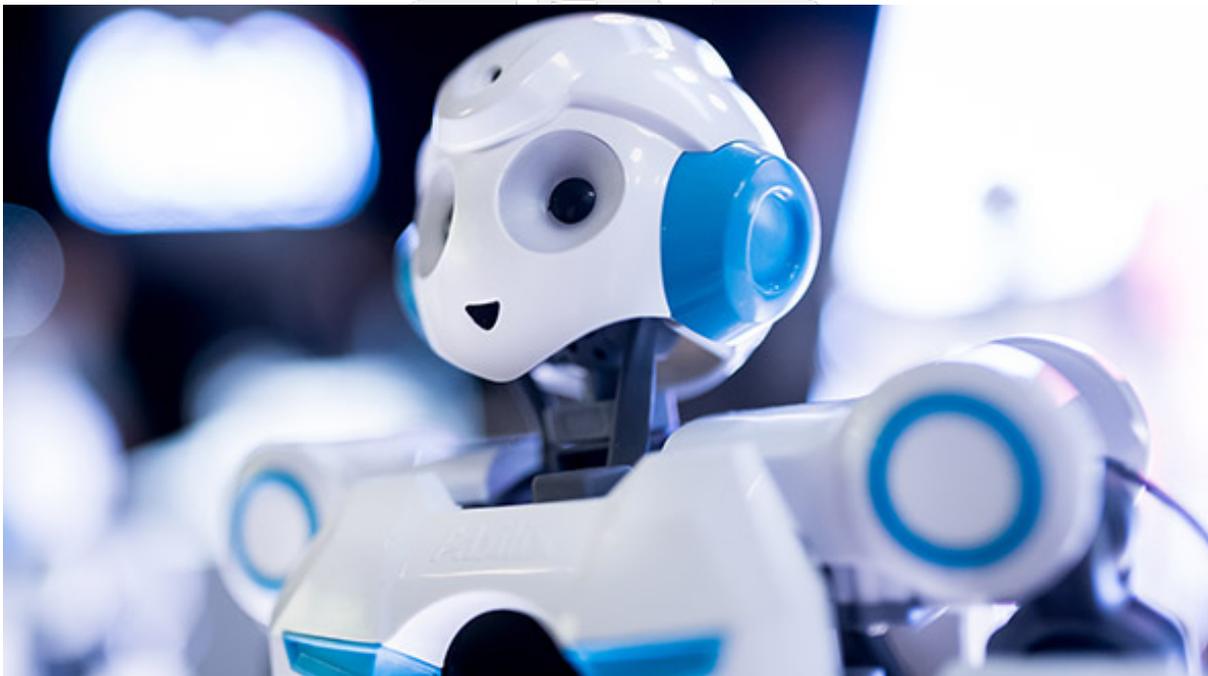
CDU, CSU und SPD, konnten sich die Sozialdemokraten mit ihren Plänen schließlich nicht durchsetzen.

Das Baukindergeld fördert junge Familien

Das Baukindergeld kann nun im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2020 beantragt werden. Es gilt somit rückwirkend zum Jahresbeginn. Über einen Zeitraum von zehn Jahren sollen Familien dann 1.200 Euro pro Kind und pro Jahr erhalten, also 12.000 Euro bei einem Kind bzw. 24.000 Euro bei zwei Kindern. Abgewickelt wird es über die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und kann somit unkompliziert beantragt werden. Mit dem Baukindergeld unterstützt die CSU im Bundestag Familien effektiv dabei, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen.

Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz

Enquete-Kommission zur künstlichen Intelligenz eingesetzt



© picture alliance / dpa Themendienst

Der Bundestag hat an diesem Donnerstag die Enquete-Kommission zur Künstlichen Intelligenz (KI) eingesetzt. Die Kommission soll sich zukünftig mit



den wirtschaftlichen Potenzialen befassen und auch auf ethische Fragen Antworten geben.

Weichen für die Zukunft stellen

Aktuell ist es schwierig Prognosen abzugeben, wie Künstliche Intelligenz die deutsche Gesellschaft verändern wird. Doch sowohl der wissenschaftliche Fortschritt als auch der akademische Diskurs rund um das Thema Künstliche Intelligenz schreiten voran. Rechenleistungen und Datenvolumen wachsen exponentiell an; neue Potentiale werden beinahe täglich erschlossen. Insofern muss auch der Gesetzgeber sich auf diese langfristigen Entwicklungen einstellen. Deutschland muss seine Rolle national, europäisch und global sowie wirtschaftlich und gesellschaftlich definieren. CDU/CSU und SPD haben sich deswegen bereits auf ihrer Zugspitz-Klausur-Tagung im Mai darauf verständigt, zukünftig stärker die Chancen und Risiken des tiefgreifenden Wandels durch Künstliche Intelligenz und Automatisierung umfassend zu untersuchen sowie Chancen zu nutzen und neue Impulse setzen.

Auch ethische Fragen müssen beantwortet werden

Der Bundestag hat am Donnerstag nun eine Enquete-Kommission zu diesem Themenbereich eingesetzt. In seiner Rede stellte Hansjörg Durz (CSU), Mitglied im Ausschuss für Digitale Agenda, nicht nur wirtschaftliche Entwicklungen heraus, sondern widmete sich auch ethischen Fragen, die sich aus dem Umgang mit Künstlicher Intelligenz ergeben: „Wenn KI immer tiefer in unseren Alltag eindringt und immer mehr Entscheidungen auf Basis künstlicher Intelligenz getroffen werden, stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage dies ethisch passiert.“ Die Kommission hat daher den Auftrag, auch ethische Handlungsempfehlung im Umgang mit Künstlicher Intelligenz zu erarbeiten. Nach der parlamentarischen Sommerpause 2020 soll die Kommission dann ihren Abschlussbericht mitsamt Handlungsempfehlungen vorlegen. Ihr gehören zukünftig 19 Abgeordnete sowie 19 wissenschaftliche Sachverständige an.

Impressum

Herausgeber: Florian Ossner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: florian.ossner@bundestag.de

Fax: 030 / 227 76 999